UBS und die Finma - Teil 1

Sonntag, 20. September 2009

Die Finanzmarktaufsicht Finma ist die Nachfolgerin der Eidgenössischen Bankenkommission EBK und für die Kontrolle der UBS zuständig. In einem soeben erschienenen Bericht "Finanzmarktkrise und Finanzmarktaufsicht" arbeitet sie nun die letzten Jahre mit einer überraschenden Offenheit auf, die einen interessanten Einblick in die Entscheidungsfindung der Zeit vor und in der Krise aufzeigt.

Lange vor der Krise hatte ich auf das viel zu tiefe Eigenkapital der Banken, im speziellen der Investmentbanken, hingewiesen. Die von den Instituten ausgewiesenen Eigenkapitalquoten gaben die tatsächlichen Verhältnisse viel zu rosig um nicht zu sagen völlig falsch wieder. Weshalb hatte die Finma, deren Aufgabe es gewesen wäre, hinter die publizierten Zahlen zu blicken, nicht reagiert? Aus dem Finma-Bericht...

Die
SNB hat in ihren jährlich erscheinenden Berichten zur Finanzstabilität bereits mehrere Jahre vor der Krise regelmässig darauf hingewiesen, dass die Schweizer Grossbanken gemessen an der ungewichteten Eigenmittelquote (Verhältnis zwischen Eigenmitteln und Bilanzsumme) einen im internationalen Verhältnis sehr hohen Verschuldungsgrad aufweisen. Bei der risikogewichteten Eigenmittelquote belegten die Grossbanken jedoch jeweils den internationalen Spitzenrang.

Obwohl
die Gefahr von ungenau berechneten Risikogewichten und das stete Wachstum der Bilanzsummen erwähnt wurde, gaben die Quoten keinen Anlass zu einer grösseren Beunruhigung.

Die Ausweitung der Bilanzsumme
und die damit zusammenhängende tiefe Tier-1/Gesamtaktiven-Ratio („Leverage Ratio“) wurde mit der Bank mehrmals besprochen. Die UBS begründete ihr international schlechtes Abschneiden mit folgenden Faktoren:

Unterschiedliche Berechnungsmethoden

Anwendung
von IFRS als Rechnungslegungsstandard, wo anders als nach US GAAP, gegenläufige Forderungen nicht zu einer Nettoposition saldiert werden können (Netting). Diese Unterschiede in der Bilanzsumme zwischen IFRS und US-GAAP machen bei einer Grossbank mehrere Hundert Milliarden Franken aus. In Extremfällen kann die Bilanzsumme bei gleichem Geschäft nach IFRS sogar doppelt so hoch ausfallen.

Tiefe Funding-Kosten
der UBS, was das Halten von Positionen mit guter Qualität gewinnbringend mache. Dies führe zu einem sehr grossen Anteil an hochliquiden Aktiven von höchster Bonität auf der Bilanz (z.B. Repo-Buch).

Die Argumentation der Bank vermochte die EBK zum damaligen Zeitpunkt (2005) zu überzeugen. Die Auffassung, dass das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Bilanzsumme unter Risikoaspekten nicht aussagekräftig sei, entsprach der in Aufsichtskreisen vorherrschenden Meinung. So wurde im Basler Ausschuss noch im September 2006 ein Vorstoss der FDIC-Vorsitzenden Sheila Bair, unter Säule 2 von Basel II eine Leverage Ratio als ergänzendes Mass einzuführen, als nicht verträglich mit dem durchdachten risikogewichteten System von Basel II einhellig abgelehnt. Erst als absehbar wurde, dass grosse Teile der vermeintlich „risikoarmen“ Positionen dennoch grössere Liquiditäts- und Bonitätsrisiken bargen, rückte die Diskussion rund um die Leverage Ratio wieder ins Zentrum. Es war aber schon zu spät, um

noch eine Wende herbeiführen zu können.

Das Problem des
risikogewichteten Eigenkapitals liegt in deren Beurteilung. Seit Basel
I gelten Hypotheken als geringe Risiken, die mit wenig Eigenkapital
unterlegt werden müssen. Die Finma wusste somit, dass für Ausfälle im
Hypotheken-Geschäft nur wenig Eigenkapital zur Verfügung stand, um die
Verluste aufzufangen. Der Immobilienboom in zahlreichen Ländern hätte
sie alarmieren müssen.

Tatsächlich war sie auch skeptisch. Weshalb sie dennoch nicht gehandelt hat, kommt morgen in Teil 2.

Weitere Lektüre

Ist die BIZ die Ursache der Kreditkrise?
Grossbanken auf dünnem Eis